



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.732.576

Wien, am 13. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hannes Amesbauer und weitere Abgeordnete haben am 14. Oktober 2021 unter der Nr. **8253/J** an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Migrant mit Tuberkulose in Schlepper-Kastenwagen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 sowie 6 bis 11:

- *Wie viele TBC-Fälle wurden jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021 im Zuge der medizinischen Erstuntersuchungen bei einer Asylantragsstellung in Österreich festgestellt?*
- *Wie viele Melde- bzw. Anzeigepflichtige Erkrankungen wurden jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021 im Zuge der medizinischen Erstuntersuchungen bei einer Asylantragsstellung in Österreich festgestellt?*
- *Wie gliedern sich diese Fälle jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021 auf die gemeldeten Melde- bzw. Anzeigepflichtigen Erkrankungen auf?*
- *Wie gliedern sich diese Fälle jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021 auf die Nationalitäten der betroffenen Erkrankten auf?*

- *Wie viele Melde- bzw. Anzeigepflichtige Erkrankungen wurden jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021 von den Bundesbetreuungseinrichtungen und Erstaufnahmezentren insgesamt an die zuständigen Stellen gemeldet?*
- *Wie gliedern sich diese Fälle jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021 auf die gemeldeten Melde- bzw. Anzeigepflichtigen Erkrankungen auf?*
- *Wie gliedern sich diese Fälle jeweils in den Jahren 2019, 2020 und 2021 auf die Nationalitäten der betroffenen Erkrankten auf?*

Im Bestandszeitraum der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU GmbH), welche seit dem 1. Dezember 2020 mit der operativen Abwicklung der Grundversorgung von Asylwerberinnen und Asylwerbern betraut ist, wurden bis zum Stichtag 14. Oktober 2021 insgesamt 30 bestätigte TBC-Fälle den zuständigen Gesundheitsbehörden gemeldet.

Im gleichen Zeitraum (1. Dezember 2020 bis 14. Oktober 2021) wurden seitens der BBU GmbH insgesamt 1.399 Fälle von meldepflichtigen Infektionskrankheiten an die zuständigen Gesundheitsbehörden gemeldet. Bei 1.308 Fällen handelt es sich um bestätigte Covid-19-Fälle, davon wurden 66 im Zeitraum Dezember 2020 und 1.242 im Jahr 2021 verzeichnet. Neben den 30 TBC-Erkrankungen umfassen die restlichen 61 gemeldeten Infektionskrankheiten beispielsweise Hepatitis, HIV und Scharlach.

Eine statistische Auswertung, ob Infektionen im Zuge von Erstuntersuchungen bei der Aufnahme in die Bundesgrundversorgung oder während der Unterbringung und Versorgung in einer Bundesbetreuungsstelle festgestellt worden sind, ist ebenso wie eine Auswertung nach Nationalitäten nicht möglich.

Für den Zeitraum vor dem 1. Dezember 2020 liegen keine entsprechenden Statistiken des vorhergehend beauftragten Betreuungsunternehmens vor.

Zu den Fragen 2 bis 5:

- *Kam es beim gegenständlichen medial bekannt gewordenen Fall zu bekannten Übertragungen von TBC?*
- *Wenn ja, wie viele Personen infizierten sich?*
- *Wenn ja, wie viele der infizierten Personen waren Polizisten oder Soldaten des Bundesheeres?*
- *Wenn ja, wie viele der infizierten Personen waren andere geschleppte Personen aus dem Kastenwagen?*

Nein.

Zur Frage 12:

- *Wo werden Fremde, bei denen im Zuge der medizinischen Erstuntersuchung oder während der Unterbringung in einer Bundesbetreuungseinrichtung oder in einem Erstaufnahmezentrum eine Melde- bzw. Anzeigepflichtige Erkrankung festgestellt wird untergebracht und behandelt?*

Erkrankte Asylwerberinnen und Asylwerber werden in einem abgesonderten Bereich innerhalb der Bundesbetreuungseinrichtung untergebracht, um eine Ansteckungsgefahr weiterer Personen bestmöglich zu verhindern. Die Behandlung erfolgt durch das medizinische Personal (Vertragsärztinnen und -ärzte, Pflegepersonal) vor Ort. Im Bedarfsfall wird eine Überstellung in ein Krankenhaus veranlasst.

Zu den Fragen 13 und 14:

- *Welche Maßnahmen werden gesetzt, um Polizisten im Zuge von Einsätzen, wo geschleppte, illegal eingereiste oder illegal aufhältige Personen aufgegriffen werden, vor etwaigen ansteckenden Krankheiten wie beispielsweise TBC zu schützen?*
- *Welche Maßnahmen werden gesetzt, um Dolmetscher oder anderes Personal die mit der Aufnahme, Registrierung, Verfahrensabwicklung oder Betreuung von Asylwerbern zu tun haben, vor etwaigen ansteckenden Krankheiten wie beispielsweise TBC zu schützen?*

Zum Schutz von Bediensteten des Innenministeriums kann im Allgemeinen ausgeführt werden, dass in jeglichem exekutivdienstlichen Einsatzgeschehen ein über das normale Maß hinausgehender Fokus auf die Einhaltung der allgemeinen Hygienemaßnahmen zu setzen ist. Den Bediensteten des Bundesministeriums für Inneres wurden in Aktionen Impfungen gegen Hepatitis, Diphtherie, Tetanus, Polio, FSME, Grippe und Covid-19 angeboten. Des Weiteren wurde insbesondere im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie Schutzausrüstung wie FFP2-Masken, Handschuhe und Desinfektionsmittel ausgegeben und deren Einsatz definiert.

Die standardisierte medizinische Erstuntersuchung, welche insbesondere die Durchführung eines TBC-Screenings umfasst, wird zum ehestmöglichen Zeitpunkt im Rahmen des Erstaufnahmeprozesses in die Grundversorgung des Bundes veranlasst. Dies dient neben der frühzeitigen Abklärung des individuellen Gesundheitszustandes der Asylwerberinnen und Asylwerber und der in diesem Zusammenhang allenfalls notwendigen Maßnahmen ebenso dem Schutz sämtlicher im weiteren Prozess beteiligten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich des Verfahrens, der Betreuung bzw. sonstiger Beteiligter (zB Exekutive, Dolmetscher etc.).

Darüber hinaus wird je nach Möglichkeit im Hinblick auf die durchgeführte Tätigkeit durch Sicherheitsvorkehrungen, wie den Einsatz von räumlichen Barrieren, die Verwendung von FFP 2 Masken und sonstigen Hygienemaßnahmen für den Schutz aller am Verfahren beteiligten Personen Sorge getragen.

Zu den Fragen 15 bis 18:

- *Sind seit dem Jahr 2019 Fälle bekannt, wo sich Polizisten, Dolmetscher oder anderes Personal im Zusammenhang mit dem Aufgriff, der Aufnahme, der Registrierung, der Verfahrensabwicklung oder der Betreuung von Asylwerbern mit Melde- bzw. Anzeigepflichtigen Erkrankungen infiziert haben?*
- *Wenn ja, wie viele derartiger Fälle sind seit dem Jahr 2019 bekannt?*
- *Wenn ja, um welche Melde- und Anzeigepflichtigen Erkrankungen handelte es sich dabei?*
- *Sofern derartige Fälle statisch nicht erhoben werden, warum nicht?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Gemäß § 2 Epidemiegesetz sind die in § 1 Abs 1 EpiG festgelegten oder gem. § 1 Abs 2 EpiG durch Verordnung einer Meldepflicht unterworfenen Krankheiten der zuständigen Gesundheitsbehörde zu melden. Eine Pflicht, anzeige- oder meldepflichtige Erkrankungen dem Dienstgeber zu melden, ergibt sich für derartige Krankheiten weder aus dem Epidemiegesetz noch aus dem Beamten-Dienstrechtsgesetz.

Gerhard Karner

